



Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages  
Verteidigungspolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

# PRESSEMITTEILUNG

18.06.2014

„Die EU-Staaten können jetzt aus der Gentechnik  
aussteigen.“

Der Nürtinger SPD-Abgeordnete Rainer Arnold zu  
neuen Regeln für Anbau genveränderte Pflanzen

BERLIN (ale). Die nationalen Regierungen in der  
EU sollen bald leichter den Anbau von  
genveränderten Pflanzen verbieten können. Darauf  
hatten sich am 12. Juni die Umweltminister der 28  
EU-Staaten geeinigt.

Für den Nürtinger Bundestagsabgeordneten Rainer ist  
dies ein wichtiger Schritt, um Gentechnik-Pflanzen in  
Deutschland zu verhindern. „So wird z.B. die Palette an  
wirtschaftlichen und politischen Argumenten, mit der  
wir auf nationaler Ebene Gentechnik verhindern  
können, deutlich breiter.“



## Rainer Arnold MdB

Bisher konnten einzelne Länder den Anbau von Genpflanzen nur dann verbieten, wenn sie völlig neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorweisen konnten. Künftig können eine Vielzahl von Gründen ins Feld geführt werden - etwa, dass die Felder von Bio-Bauern gefährdet sein könnten, wenn nebenan genveränderte Pflanzen angebaut werden. Weitere Gründe können z.B. umweltpolitische, stadt- und regionalplanerische Ziele sowie der Grund der „öffentlichen Ordnung“ sein.

Das Verfahren für Anbauverbote wird in zwei Phasen unterteilt: Zunächst sollen Länder, die keine Gentechnik wollen, die antragstellenden Saatguthersteller auffordern können, ihr Hoheitsgebiet bei der Zulassung auszuklammern. Ist der Hersteller zu dieser Einschränkung seines Antrages nicht bereit, kann der Mitgliedsstaat den Anbau aus den genannten Gründen verbieten – und zwar bis zwei Jahre nach der Zulassung.

Gleichwohl hätte sich SPD-Mann Arnold noch einiges mehr gewünscht. Zwar habe man mit den neuen Regeln auch die Möglichkeit, schon zugelassene Gen-Pflanzen, wie z.B. die schon zugelassene Genmaissorte MON810 nachträglich zu verbieten. „Allerdings wollten wir, dass



## Rainer Arnold MdB

wir jederzeit aussteigen können. Jetzt ist ein nachträglicher Ausstieg erst zwei Jahre nach der Zulassung möglich.“

Grundsätzlich ist das nationale Anbauverbot für Arnold aber wichtiger Fortschritt, „denn mit dieser Regelung können wir rechtssicher den bundesweiten Anbau von Genpflanzen bei uns verhindern - und das entspricht dem Bedürfnis der meisten Landwirte und Verbraucher.“ Noch im Januar hatten sich die CDU-geführten Ministerien für Forschung und Gesundheit und das Kanzleramt für die Zulassung von Genpflanzen ausgesprochen, die SPD-Minister in der Bundesregierung waren dagegen.

Neben diesem Erfolg setzt SPD-Mann Arnold aber auch auf einen neuen Anlauf der Bundesregierung für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. Die Verbraucher müssten endlich selbst entscheiden können, „ob sie beim Einkauf den Einsatz gentechnischer veränderter Pflanzen und Futtermittel unterstützen wollen oder nicht.“